

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben der Parlamentsdirektion vom 20. März 2017 betreffend die Gedenkveranstaltung von Nationalrat und Bundesrat anlässlich des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 5. Mai 2017 (Wortlaut siehe Beilage).
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 20. März 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. März 2017 betreffend Anerkennung von Heu als Lebensmittel vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 20. März 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. März 2017 betreffend Umsetzung der Kärntner Interessen auf der Bahntrasse im Zentralraum Klagenfurt-Villach vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 20. März 2017, mit dem ein Beschluss vom 9. März 2017 betreffend "20 Jahre sind genug: Gleichstellung von Frauen und Männern umsetzen" vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 22. März 2017, mit dem eine Resolution vom 21. März 2017 betreffend die Eisenbahnhochleistungsstrecke zwischen Klagenfurt und Villach vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes der Steiermark vom 27. März 2017, mit dem eine Petition des Seniorinnen- und Seniorenbeirats betreffend „Bankgebühren“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 22. März 2017, mit dem eine Resolution vom 16. März 2017 betreffend praxisgerechte Formulierung des Bundes-Abfallwirtschaftsplanes vorgelegt wird.
8. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 4. April 2017, mit dem ein Beschluss vom 31. März 2017 betreffend "Jugendarbeit; Radikalisierung und Extremismus" vorgelegt wird.
9. Schreiben des Österreichischen Gemeindebundes vom 30. März 2017, mit dem eine Resolution vom 29. März 2017 betreffend "Forderungen der österreichischen Gemeinden" vorgelegt wird.
10. Schreiben der AK und ÖGB Tirol vom 19. März 2017, mit dem eine Resolution betreffend Armut gefährdet Europa vorgelegt wird.
11. Schreiben des Bürgermeisters von St. Aegyd am Neuwalde vom 8. März 2017, mit dem eine Resolution für ein generelles Schächtverbot in Österreich vorgelegt wird.

12. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 3. April 2017, mit dem eine Resolution zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
13. Schreiben des Bürgermeisters von Schwaz vom 30. März 2017, mit dem eine Petition betreffend Verschärfung von Vorschriften für das Glücksspiel vorgelegt wird.
14. Schreiben des Landeshauptmannes der Steiermark vom 5. April 2017, mit dem ein Beschluss vom 7. Juni 2016 betreffend Reformierung und Vereinfachung der steuerlichen und rechtlichen Gegebenheiten für Ehrenamtliche und Wirte vorgelegt wird.
15. Schreiben des Bürgermeisters von Gols vom April 2017, mit dem eine Resolution vom 30. März 2017 betreffend Ökostromnovelle vorgelegt wird.
16. Schreiben des Bürgermeisters von Ferlach vom 7. April 2017, mit dem eine Resolution vom 4. April 2017 betreffend die Schließung der Postfiliale vorgelegt wird.
17. Schreiben der AHS-Gewerkschaft vom 7. April 2017, mit dem Beschlüsse der Sitzung vom 4. April 2017 vorgelegt werden.
18. E-198-NR/XXV.GP vom 30. März 2017 betreffend Rahmenbedingungen für soziale Innovationen (Wortlaut siehe Beilage).



REPUBLIK ÖSTERREICH
Der Parlamentsdirektor

Sehr geehrte Frau Kollegin!

Liebe Nicole,

Wien, 20. März 2017

GZ. 01151.0110/2-L4.4/2017

Die Gedenkveranstaltung von Nationalrat und Bundesrat anlässlich des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus findet am Freitag, dem 5. Mai 2017, von 11:00 bis ca. 12:30 Uhr im Historischen Sitzungssaal des Parlaments statt.

Als Ehrengast wird Frau Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Gertrude Schneider die Gedenkrede halten, musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung mit Liedern von Walter Arlen.

Frau Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Gertrude Schneider ist eine aus Wien stammende Holocaust-Überlebende und amerikanische Historikerin, Walter Arlen ist ein aus Wien in die USA emigrierter Musiker und Komponist.

Eine persönliche Einladung der Präsidentin des Nationalrates und der Präsidentin des Bundesrates wird zeitgerecht an die einzelnen Mitglieder der Bundesregierung, die Staatssekretärin und den Staatssekretär ergehen.

Ich ersuche Sie, die Mitglieder der Bundesregierung, die Staatssekretärin und den Staatssekretär im Wege des Ministerrates von diesem Termin in Kenntnis zu setzen und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Harald D.

Frau Sektionschefin
Mag.^a Nicole Bayer
Leiterin der Präsidialsektion (Sektion I)
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 Wien

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 30. März 2017

betreffend Rahmenbedingungen für soziale Innovationen

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie werden aufgefordert, sicherzustellen, dass Rahmenbedingungen geschaffen und gestärkt werden, die soziale Innovationen forcieren und dafür zu sorgen, dass

- bei der Erstellung der Richtlinien für Förderungen die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft verstärkt und rasch berücksichtigt werden,
- der Zugang zu Förderungen und Finanzierungsmöglichkeiten für Forschung und Entwicklung sozialer Innovationen niederschwelliger und einfacher wird,
- die Umsetzung der in der Open Innovation-Strategie beschriebenen Plattform soziale / gesellschaftliche Innovation unter Nutzung und auf Basis relevanter Initiativen und Fördermöglichkeiten besonders zu unterstützen,
- sie sich auf EU-Ebene für die verstärkte Förderung von sozialen Innovationen und der dabei tätigen Netzwerke im Rahmen laufender EU Programme einsetzt.